

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/146

3. August 1977

Austausch festgefügter Standpunkte überwinden

Aktuelle Anmerkungen zum Mord an Jürgen Ponto

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Freiheit statt Volksfront ?

Der europäische Wähler wird sich nicht täuschen lassen

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

Das ungeliebte Asyl

Es ist ein politisches Grundrecht

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 50 35/38
Telefax: 00 00 000-00 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Austausch festgefügter Standpunkte überwinden

Aktuelle Anmerkungen zum Mord an Jürgen Ponto

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Im kürzlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht 1976 wird zum Kapitel "Gewalt und Terror" folgende Lagebeurteilung abgegeben: "Da Terroristen und andere Linksextremisten nach wie vor im Bundesgebiet konspirativ tätig sind und sich ihre Kooperation mit ausländischen Terrorgruppen gefestigt zu haben scheint, muß mit weiteren die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedrohenden Terrorakten im In- und Ausland gerechnet werden."

Der brutale und gemeine Mord an Jürgen Ponto hat diese Einschätzung der Terroristengefahr erneut bestätigt. In erschreckender Weise ist wieder die bekannte verhängnisvolle Kette sichtbar geworden. Sie führt über blinden ideologisch-motivierten Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und unseren Staat zur Bejahung der "revolutionären Gewalt" als unvermeidlichem und legitimen Instrument und mündet im gemeinen Mordversuch oder Mord an Mitmenschen.

Gerade der jüngste Terrorakt macht deutlich, daß zur wirksamen Abwehr des Terrorismus die geistige Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus und der Gewalt gehört. Polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen allein reichen nicht aus. Es ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen, daß Bundesinnenminister Maihofer im September 1977 eine detaillierte Studie über Ursachenforschung im Bereich des Extremismus vorlegen will. Darüber hinaus konzentrieren sich die konkreten taktischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im Innern der Bundesrepublik weiterhin auf folgende Punkte:

- 1/ Die Aufklärung der Bevölkerung über Aktionen und Ziele terroristischer Gruppen und die von ihnen ausgehenden Gefahren.

- 2/ Früherkennung des terroristischen Umfeldes.
- 3/ Die Verhinderung des Aufbaues terroristischer Logistik.
- 4/ Die Verbesserung der polizeilichen Fahndungs- und Ermittlungskapazitäten.

Der Mordfall Ponto dürfte erneut die Frage nach der Wirksamkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aufwerfen, wenn es stimmen sollte, daß das BKA erst 4 1/2 Stunden nach dem Anschlag offiziell von der Landesebene her informiert worden ist. Solche Schwachpunkte müssen ausgeleuchtet und für die künftige Kooperation überwunden werden.

Der Terroristenmord an Ponto sollte den Sprechern und Vertretern aller demokratischer Parteien Anlaß sein, den seit einiger Zeit bei solch schrecklichen Vorfällen üblich gewordenen monotonen Austausch gegensätzlicher, absolut festgefügter Standpunkte zu überwinden. Weder der Ruf nach "härteren Strafen" noch die Feststellung, das vorhandene Instrumentarium reicht zur Terroristenbekämpfung aus, verkörpern die ganze Wahrheit. Es wird sich die Notwendigkeit zeigen, alle im Parlament vorliegenden Vorschläge - von welcher Fraktion auch immer - und auch noch zusätzlich zu erwartende Initiativen im Parlament und seinen zuständigen Ausschüssen sorgfältig zu prüfen. Dabei sollte das Urteil nicht am Anfang, sondern am Ende der Prüfung stehen.

In der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit dem Mord an Jürgen Ponto die Einberufung des Innen- und des Rechtsausschusses des Bundestages von Oppositionsseite angeregt worden. Über eine aktuelle Unterrichtung hinaus kann eine derartige Sondersitzung im Augenblick nicht viel bringen. Notwendig wäre es dagegen, aus der Sicht des Innenausschusses Mittel und Wege zu prüfen, zusätzliche Sitzungstermine während der Tagungswochen zu finden. Das vorhandene und zusätzlich zu erwartende Arbeitsprogramm des Innenausschusses ist mit Sicherheit ohne zusätzliche Sitzungszeit nicht zu bewältigen. Hier wäre ein Mitziehen der Opposition sicher auch wünschenswert. (-/3.8.1977/ks/ben)

+ + +

Freiheit statt Volksfront ?

Der europäische Wähler wird sich nicht täuschen lassen

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Nicht nur in deutschen Wahlkampagnen, sondern auch auf europäischer Ebene versuchen CSU und CDU seit langem, den Wähler mit dem Gespenst der Volksfront zu schrecken, und so einer Sachauseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Besonders die CSU gefällt sich darin, schon heute im Hinblick auf die Direktwahl des Europa-Parlaments, die für 1978 vorgesehen ist, vor der Volksfront in Europa zu warnen und sich als Verteidiger der Freiheit aufzuspielen.

Die Erfahrungen im Europäischen Parlament beweisen es: Nicht die demokratischen Sozialisten sondern konservative politische Kräfte unter der Führung der deutschen Christdemokraten haben wenig Interesse für Freiheitsrechte gezeigt, als das Verhältnis des demokratischen Europa zu Griechenland und Spanien zur Zeit der Diktatur im Plenum des Europa-Parlaments diskutiert wurde. Es ist bekannt, mit welchen politischen Kräften in Griechenland Franz Josef Strauß zur Zeit der Diktatur und danach paktierte. Seine Unterstützung für die neo-frankistische Volksallianz bei den spanischen Wählern ist noch in frischer Erinnerung. Demokratische Sozialisten haben sich dagegen stets und überall für die Freiheit aller eingesetzt, nachdem sie selbst in ihrer Geschichte manche bittere Verfolgung erleiden mußten.

Der Spruch "Freiheit statt Volksfront" ist aber heute deshalb noch unglaubwürdiger, weil beispielsweise in Belgien Sozialisten und Christdemokraten zusammen unter Führung des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, auf den Regierungsbänken sitzen. Solche Christdemokraten werden sich weder von

CDU noch von CSU zu einer Verunglimpfung ihres sozialistischen Koalitionspartners verleiten lassen. Umgekehrt haben die italienischen Christdemokraten zu verantworten, daß in ihrem Lande der historische Kompromiß Wirklichkeit geworden ist.

Im Europa-Parlament schien dies schon im März dieses Jahres der Fall zu sein, als die Stimmenthaltung der italienischen Kommunisten die Wahl des Christdemokraten Emilio Colombo zum Parlaments-Präsidenten ermöglichte.

Nachdem die politische Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien Wirklichkeit geworden ist, blieb es dem CDU-Generalsekretär Heiner Geissler überlassen, die Democrazia Cristiana über den grünen Klee zu leben und zugleich zum weltweiten Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten aufzurufen.

Eine gewisse Schwierigkeit für die christlichen Demokraten ergibt sich daraus, daß sie zugleich das Bündnis ihrer italienischen Freunde mit der KPI loben und demokratische Sozialisten Volksfrontgelüste unterschieben wollen. Vielleicht finden sie eine "Lösung", indem CDU, Benelux-Christdemokraten und auch Democrazia Cristiana zusammen als "aufgeschlossene" Christdemokraten in den Wahlkampf ziehen. Auf der anderen Seite stünden dann die CSU und andere Konservative wie Frau Thatcher und Herr Chirac. Sie könnten zusammen in das bekannte Volksfrontgeschrei einstimmen.

Für diese Vermutung spricht, daß die CSU nach den Worten ihres Generalsekretärs Tandler bereit ist, mit einer eigenen Bundesliste in den Europawahlkampf zu ziehen.

Der europäische Wähler wird sich dadurch kaum täuschen lassen. Nach einer Meinungsumfrage der EG-Kommission würden heute bei einer Direktwahl des Europa-Parlaments schon jetzt die demokratischen Sozialisten mit 33 Prozent der Stimmen ihre Rolle als stärkste politische Gruppierung in der Europäischen Gemeinschaft bestätigen.

(-/3.8.1977/ks/ja)

+ + +

Das ungeliebte Asyl

Es ist ein politisches Grundrecht

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Gib, wenn sie es fordern, nicht den Feinden
gib uns preis.

Aischylos: Die Schutzfliehenden

Wir sind zwar stolz auf unsere humanistische Bildung, aber im übrigen schert sie uns nicht. Humanismus und Humanität haben denselben Stamm, leider aber nicht dieselben Folgen. Und so kommt es, daß wir mit dem Asylrecht umgehen, als hätten die Deutschen es nie gebraucht. Unsere Geschichte scheint sich hinter eine Nebelwand zurückgezogen zu haben, jedenfalls so weit, daß die Erinnerung an die Zeit geschwunden ist, in der Zehntausende Deutsche Asyl suchten und fanden.

Wir haben das politische Asyl in Anspruch genommen, aber wir tun uns schwer, wenn wir es gewähren sollen. Denn, was sich da in deutschen Ländern breit macht, ist ein verwaltungsrechtlicher Begriff von Asyl, kein politischer. Und das ist nicht nur Jammer, weil die Bundesrepublik die Gelegenheit, na sagen wir, nur zaghaft nutzt, an der Geschichte etwas zu reparieren, es ist auch nicht recht. Freilich kann der Stellenwert des Asyls auf zwei Weisen gemindert werden, indem man es verweigert und indem man es mißbraucht. Letzteres kommt nicht selten vor. Und deshalb brauchen wir ein zügiges, den Beteiligten klares, verständliches, und zugleich rechtssicheres Verfahren, das den politischen Hintergrund voll ausleuchtet.

Artikel 16 unserer Verfassung sagt knapp: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Artikel 18 besagt, daß das Asylrecht verwirkt, wer es mißbraucht. Da schon die Stellung des Asylrechts in unserer Verfassung besagt, daß es sich um ein Grundrecht handelt und nicht um ein anderes noch so wichtiges Recht, sollten wir um derer willen, die das politische Asyl brauchen, großzügig sein. Es hat weder etwas mit dem politischen Stellenwert des Asylrechts zu tun, schon gar nicht mit der notwendigen Großzügigkeit, wenn Bundesländer wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sich weigern, einige wenige Chilenen aufzunehmen, an deren politischen Verfolgung es keinen Zweifel gibt. Weder unser Stolz in der Gegenwart, noch die Demut vor unserer Vergangenheit sollten es uns gestatten, Verfolgte ihren unmenschlichen Regimen zu überlassen. Die beiden Länder sollten um der Menschlichkeit und der Menschenrechte willen ihre Haltung schnell revidieren.

Zirndorf ist wieder einmal überfüllt, ein Zustand, der zum wiederholten Male eingetreten ist. Die notwendige Personalverstärkung ist in die Wege geleitet. Das nutzt indessen nicht viel, wenn die Länder nur schleppend aufnehmen. Jedes Land sollte es sich zur Ehre rechnen, nicht in Verzug zu kommen. Berlin muß von seinem tatsächlich zu hohen Anteil entlastet werden. Die Innenminister müssen sich sehr bald über die Notwendigkeit eines zweiten Aufnahmelagers klar werden und entsprechend entscheiden. Unter keinen Umständen darf die jetzige Lage dazu verführen, durch einschränkende Verwaltungsvorschriften, Entlastung zu suchen und das Asylrecht politisch zu entwerten. Das Asylrecht ist ein politisches Grundrecht, ein Menschenrecht. Es scheint, als ob sich die Verantwortlichen darüber nicht immer im klaren seien.

(-/3.8.1977/ks/10)